verletzlichkeit der Grenzen vorbereitet worden, die Bahr in Moskau ausgehandelt und in einem vier Punkte und sechs „Protokollnotizen" umfassenden Papier mit nach Bonn gebracht hatte. Darin hatte auch die Sowjet-Union die beschränkte Souveränität der BRD in Grenzfragen bestätigt.

An einer raschen Einigung mit Polen liegt dem Kanzler so viel, daß er dafür sogar den Berlin-Vorbehalt aufgeben würde. In der Kabinettsitzung am letzten Donnerstag warnte Willy Brandt seine Minister vor einem „zu strengen Junktim". Sein neuer Plan: Ein Abkommen mit Polen könne durchaus vorweg unterschrieben und auch ratifiziert werden.

Der schwierigste Partner seiner Ostpolitik, die DDR, soll nach Brandts Vorstellung die Ratifizierung der übrigen Verträge nach einem befriedigenden Berlin-Agreement nicht verzögern können. Dafür will der Kanzler sein Ideal-Paket notfalls erneut aufschnüren: Ein Abkommen mit Ost-Berlin könnte nachgeschoben werden.

Noch allerdings ist fraglich, ob des Kanzlers knappe Zwölf-Stimmen-Mehrheit im Bundestag für die Ratifizierung der Ost-Verträge überhaupt ausreicht. Die CDU/CSU-Opposition könnte Bedenken anmelden, ob die Verträge im Einklang mit dem Grundgesetz stehen.

Nach Artikel 79 der Verfassung ist „bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung (oder) die Vorbereitung einer Friedensregelung ... zum Gegenstand haben", eine sogenannte Klarstellungsklausel vorgesehen, in der erklärt wird, die Bestimmungen dieser Verträge seien verfassungskonform. Für diese Klausel — von Konrad Adenauer einst erfunden, um die Wiederbewaffnung ohne einschneidende Verfassungsänderungen durchsetzen zu können — ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Bundesregierung wäre also auf die Stimmen der Opposition angewiesen.

Mit Hilfe von Artikel 79 hofft die Christenunion, Brandts Ostpolitik blockieren zu können. CDU/CSU-Fraktionseinpeitscher Will Rasner freilich hat sich den Kopf der Regierung zerbrochen und weiß, wie die sozialliberale Koalition die Hürde nehmen kann: Werden Gewaltverzicht und Grenzgarantie im selben Vertragsartikel geregelt, die Grenzbestätigung somit zum Bestandteil des Gewaltverzichts herabgestuft, dann sei das Verfassungsgebot nicht berührt.

Sollten hingegen Gewaltverzicht und Grenzgarantie getrennt voneinander in zwei Vertragsartikeln erscheinen, so sei zumindest die Grenzgarantie eine „Vorwegnahme friedensvertraglicher Regelungen".

Das weiß auch Willy Brandt. Er hofft auf russische Konzilianz bei einer Neuformulierung des Bahr-Gromyko-Papiers, das in seiner gegenwärtigen Fassung eine gesonderte ausführliche Grenzgarantie vorsieht.

Ein Kanzlerberater: „Die in 45 Moskauer Verhandlungsstunden erzielte vertrauensvolle Atmosphäre läßt keinen Zweifel daran, daß Herr Gromyko unseren Formwunsch erfüllen wird."

CDU-KLAGE

Elfter Wacholder

Bonns jüngster politischer Skandal ist 100 000 Mark wert. Zu diesem Streitwert klagte die Christlich-Demokratische Union am Dienstag letzter Woche gegen Bundeskanzler Willy Brandt.

Kernpunkt der dreiseitigen Klageschrift, über die am 10. Juli, 12.00 Uhr, im Bonner Landgericht, Saal 130, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karl-Ernst Dickescheid verhandelt wird: „Dem Beklagten unter Androhung der höchst zulässigen Geld- oder Haftstrafe" die Behauptung zu untersagen, „die Führung der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten versucht, die Industrie zu besonderer Härte gegenüber Lohnforderungen zu

SPD-Geschäftsführer Wischnewski
„Unser Zeuge steht"

veranlassen, um aus wahltaktischen Gründen noch vor dem 14. 6. 1970 wilde Streiks zu provozieren."

Der beklagte Brandt jedoch will Zeugen dafür benennen, daß ein hochgestellter CDU-Politiker in privatem Zirkel mindestens einen deutschen Industrie-Boß zur Provozierung wilder Streiks animiert habe. SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski: „Unser Zeuge steht."

Zu besorgen steht indes, daß auch Landgerichtsdirektor Dickescheid wenig Licht in jene Affäre bringen wird, mit der Willy Brandt am Mittwoch vorletzter Woche vor Betriebs- und Personalräten in Bielefeld den Landtagswahlkampf zu einem solennen Höhepunkt getrieben hatte. Der Kanzler zu der angeblichen CDU-Intrige: „Ich halte das für höchst bedenklich und verwerflich. Ich weiß, wovon ich spreche."

Die Nachricht hatte ihm der Presse-Referent beim SPD-Vorstand, Albrecht Müller, auf einem Din-A 4-Blatt über Bundesgeschäftsführer Wischnewski zugeleitet. Schon tags darauf, am vorletzten Donnerstag, mußte der Kanzler vor dem Bundestag in Bonn den Rückzug antreten: „Meine Quelle ist ein fundierter Vermerk der Bundesgeschäftsführung meiner Partei." Vor den Fernsehkameras empörte sich CDU/CSU-Fraktionsführer Rainer Barzel mit gut geöltem Pathos: „Dieser Mann auf Adenauers Stuhl! Das ist erschütternd zu sehen."

Seither ruhen Vermerk und angebliche Beweisstücke in einem grünen Aktendeckel, den Referent Müller Tag und Nacht mit sich führt, aber nicht zu öffnen bereit ist. Statt dessen nebelte sich die SPD ein. Wischnewski

- berichtete von einem Verschwörer-Treff, bei dem die CDU/CSU-Politiker Barzel und Stücklen Industrielle dazu animiert hätten, noch vor der Wahl eine Preishysterie zu entfachen, mußte sich jedoch vorhalten lassen, daß nicht Stücklen, sondern Stoltenberg teilgenommen hatte und daß dabei über wilde Streiks überhaupt nicht gesprochen worden war;
- bot einen Informanten an, der „wegen seiner beruflichen Stellung" nicht öffentlich aussagen könne;
- benannte schließlich den nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Heinrich Köppler als Kronzeugen, der im Wahlkampf behauptet hatte, die Sozialdemokraten hätten ihre Kenntnis offenbar über Abhörgeräte erlangt; also — so Wischnewski — müsse an den Verdächtigungen doch etwas dran sein.

Schließlich ließ Geheimnisträger Müller die Namen zweier Gesprächspartner auf, die an der inkriminierten Runde beteiligt gewesen sein sollten: CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel und Fritz Berg, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

An ein solches Tête-à-tête können sich beide Herren freilich nicht erinnern. Barzel: „Es hat nie ein solches Gespräch mit Herrn Berg über ein solches Thema gegeben." Berg: „Die ganze Geschichte ist erfunden."

Arbeitgeberverbands-Kollege und SPD-Sympathisant Otto A. Friedrich, Flick-Teilhaber aus Düsseldorf, assistierte: „Es wäre eine Dummheit, wilde Streiks zu provozieren. Die CDU müßte ja auf den Kopf gefallen sein, das von den Unternehmern zu verlangen."

Daß einzelne CDU-Politiker sich trotzdem mit einem derart desperaten Hilfeersuchen an die Industrie gewandt haben, ist freilich nicht auszuschließen. Über die Mentalität führender Christdemokraten mutmaßt Industriekenner und SPD-Finanzminister Alex Möller: „Im Grunde genommen wünschen sie das ja. Und in privaten Gesprächen kann dem einen oder anderen schon mal der Gaul durchgegangen sein."

Auch Berg-Berater Professor Walter Herrmann, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des BDI, schließt christdemokratische Aktivität in privaten Zirkeln nicht ganz aus: „Sicher ist das Ganze keine Seifenblase. Ich könnte mir schon Kränzchen denken, wo so was gesprochen worden ist — aber erst beim elften Wacholder."